

# VersicherungsJournal.de

Kommentar aus Markt & Politik vom 3.5.2017

## Sozialisierung privater Vorsorge: ein teurer Wahlkampftrick

**Mit dem Betriebsrenten-Stärkungsgesetz (oder der viel diskutierten Bürgerversicherung) werden die Fehler der Politik in der Renten- und Unfallversicherung fortgeführt, meint Professor Dr. Hans Jürgen Ott in einem Gastkommentar. Dies verstärke die Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Absicherung, die Bürger müssten dies mit zusätzlicher privater Vorsorge abfedern. Mit Gerechtigkeit oder Solidarität, beides gern zur politischen Begründung herangezogen, habe dieses Konzept nichts tun. Wichtiger wäre, den politischen Änderungswillen auf das bestehende Steuersystem zu richten.**

Man könnte es als verzweifelten Versuch profilloser Parteien abtun, Profil zu gewinnen, und – je nach politischer Ausrichtung – bedauern oder schadenfroh belächeln.

Die möglichen Konsequenzen daraus muss man aber sehr ernst nehmen, denn es geht an den Kern privatwirtschaftlicher Vorsorge. Die Parteien vor allem des roten und grünen Spektrums versuchen, immer mehr privatwirtschaftlich organisierte Absicherungs- und Vorsorgesysteme der öffentlichen Hand zu unterstellen. Und gleichzeitig private Versorgungsmodelle wie die Riester-Rente schlecht zu reden und damit zu schwächen (VersicherungsJournal 24.1.2017 (<http://www.versicherungsjournal.de/markt-und-politik/erneute-kritik-an-der-riester-rente-127913.php>), 17.8.2016 (<http://www.versicherungsjournal.de/markt-und-politik/regierung-bekraeftigt-ja-zur-riester-rente-126580.php>), 11.6.2016 (<http://www.versicherungsjournal.de/markt-und-politik/seehofers-volle-breitseite-gegen-die-riester-rente-125403.php>)).



Hans Jürgen Ott (Bild: privat)

### Neue Welle der Sozialisierung von Versorgungssystemen

Daran, dass Renten- sowie Unfallversicherung gesetzlich organisiert und der öffentlichen Hand operativ zugeordnet sind, hat man sich ja schon gewöhnt. Was keinesfalls heißen soll, dass diese Risikoabsicherung und -vorsorge auch optimal organisiert ist.

Denn sonst gäbe es die Renten- und Unfallversicherungs-Produkte privater Versicherungs-Unternehmen nicht. Diese fangen schon jahrelang die Inflexibilität und Unzulänglichkeit der öffentlichen Absicherung geräuschlos und effektiv auf.

Nun kommt mit dem Betriebsrenten-Stärkungsgesetz (BRSG) (VersicherungsJournal 2.5.2017 (<http://www.versicherungsjournal.de/markt-und-politik/betriebsrenten-staerkungsgesetz-auf-der-ziellinie-128790.php>)) die nächste Welle der Sozialisierung privater Vorsorge auf uns zu. Auch dort werden Unzulänglichkeiten wie Garantieverbot, eingeschränkte Durchführungswege oder kollektive Kapitalanlage die Versicherten dazu drängen, zusätzlich privatwirtschaftlich vorzusorgen.

### Zombie Bürgerversicherung

Pünktlich zur Vorwahlkampfzeit taucht auch der Zombie Bürgerversicherung wieder auf (VersicherungsJournal 18.4.2017 (<http://www.versicherungsjournal.de/markt-und-politik/berlin-will-einstieg-in-die-kranken-buergerversicherung-128668.php>)). Seriöse Untersuchungen zeigen, dass das gegenwärtige duale System aus privater Krankenversicherung (PKV) und gesetzlicher Krankenversicherung (GKV) der Bürgerversicherung in allen diskutierten Spielarten in Summe weit überlegen ist.

Auch dort werden – sofern sich deren Verfechter in der Wahl durchsetzen – Versicherte gezwungen sein, sich zusätzlich privat abzusichern, um die Unzulänglichkeiten der gesetzlichen Absicherung abzufangen.

### Vorgeschobenes Argument der Gerechtigkeit

Als Argument für die Sozialisierung der Vorsorge – die ja, wie die Beispiele zeigen, erwiesenermaßen schlechter ist –

wird ein bei wahlkampfumworbene(n) Bürgern immer gut ankommendes Schlagwort genannt: Gerechtigkeit.

Da darf man aber nicht so genau hinsehen: So ist beispielsweise die Bürgerversicherung nur hinsichtlich des Wartezimmeraufenthalts möglicherweise gerechter. Sie ist, was die künftige Finanzierbarkeit und die Generationen-Gerechtigkeit angeht, so unfair wie nur möglich.

Aber die auf die Zukunft bezogene Gerechtigkeit ist mit Legislaturperioden von vier Jahren für Wahlkämpfer ziemlich irrelevant. Da zieht Solidarität schon eher – auch wenn philosophisch betrachtet Solidarität kein Gerechtigkeits- sondern ein Altruismus-Aspekt ist.

Solidarität soll bewirken, dass die weniger Begüterten in unserem Staat Geld von denen erhalten, die mehr davon haben. Es geht also um Umverteilung – und die ist selbstverständlich gut und notwendig, denn nur sie ist in der Lage, sozialen Frieden zu schaffen.

### **Wiedergutmachung für ein misslungenes Steuersystem**

Doch sind die Verfechter der Sozialisierung von Vorsorge damit endgültig auf dem wirtschaftspolitischen Holzweg. Für Umverteilung ist das Steuersystem zuständig; über Steuern auf der einen und Subventionen beziehungsweise Unterstützungs-Leistungen auf der anderen Seite soll diese Solidarität erreicht werden.

Wenn man versucht, durch die Hintertür über „Solidarbeiträge“ von Vorsorge- und Absicherungs-Systemen Umverteilung zu erreichen, dann ist das intransparent, ineffizient und ineffektiv – denn dafür sind diese Systeme nicht gemacht.

Wenn man Alters-, Kranken- und Unfallvorsorgesysteme mit Umverteilungsfunktionen „aufbläst“, dann schafft man völlig unnötige und teure Redundanz. Die Kosten dafür trägt der Steuerzahler – aber vermutlich merkt der das gar nicht.

Wenn man das Ganze nicht nur als Wahlkampftrick abtun will, dann ist es vielleicht eine Art Wiedergutmachung für ein misslungenes Steuersystem, das das Ziel der Umverteilung verfehlt. Wenn gerade den weniger begüterten Bürgern ungerecht hohe Steuern abverlangt werden, dann will man das eben über ein Vorsorgesystem ausgleichen – koste es, was es wolle. Von hinten durch die Brust ins Auge.

Professor Dr. Hans Jürgen Ott (<mailto:hans@hans-ott.de>)

Der Autor ist ehemaliger Leiter des Studiengangs BWL-Versicherung – Versicherungsvertrieb und Finanzberatung der Dualen Hochschule Baden-Württemberg Heidenheim (<http://www.dhbw-heidenheim.de/index.php?id=101>).

Das VersicherungsJournal ist urheberrechtlich geschützt. Das bedeutet für Sie als Leserin bzw. Leser: Die Inhalte sind ausschließlich zu Ihrer persönlichen Information bestimmt. Für den kommerziellen Gebrauch müssen Sie bitte unsere ausdrückliche Genehmigung einholen. Unzulässig ist es, Inhalte ohne unsere Zustimmung gewerbsmäßig zu nutzen, zu verändern und zu veröffentlichen.

**Kurz-URL:** <http://vjournal.de/-128801>